



**Arbeitsgemeinschaft**  
Swissaid • Fastenopfer  
Brot für alle • Helvetas  
Caritas • Heks

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern  
Tel. +41 31 390 93 30 • Fax +41 31 390 93 31  
phofstetter@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch



**ERKLÄRUNG VON BERN**

Quellenstrasse 25, Postfach, CH-8031 Zürich  
Tel. +41 1 277 70 00, Fax +41 1 277 70 01  
amissbach@evb.ch www.evb.ch

## **Medienkonferenz**

# **Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung – für Steuergerechtigkeit weltweit**

**Bern, 13. Mai 2003**

## **Mediendossier**

### **Inhalt**

Medienmitteilung	02
Andreas Missbach, Erklärung von Bern: Die Profiteure der Globalisierung besteuern	04
John Christensen, Association for Accountancy and Business Affairs, London Ein Brief aus Jersey	06
Sven Giegold, Attac Deutschland Automatischer Informationsaustausch: sozial gerecht und effizient	08
Bruno Gurtner, Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Schädlicher Steuerfluchthafen Schweiz: Die Forderungen der Entwicklungsorganisationen an die schweizerische Politik	11
Globales Netzwerk Steuergerechtigkeit: Erklärung	13
Nützliche Links zum Thema	18

Bern, 13. Mai 2003

Medienmitteilung

## **Entwicklungsorganisationen lancieren Kampagne gegen „Steuerfluchthafen Schweiz“**

**Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und die Erklärung von Bern werfen der Schweiz vor, weltweit Steuerhinterziehung und Steuerflucht zu begünstigen und so den Entwicklungsländern massive Einnahmenverluste zu verursachen. Um den Mittelabfluss zu stoppen, müsse das Abkommen über Zinsbesteuerung mit der EU auch auf Entwicklungsländer ausgedehnt werden. Mittelfristig sei die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufzuheben, begünstige sie doch einseitig reiche Ausländer, die oft aus armen Ländern stammten und dort keine Steuern bezahlten.**

**Die beiden entwicklungspolitischen Organisationen wollen sich nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit dafür einsetzen, dass die „Profiteure der Globalisierung wieder Steuern bezahlen müssen“. Zusammen mit Vertretern aus England (einem ehemaligen Regierungsberater der Steueroase Jersey) und Deutschland stellten sie in Bern das globale „Netzwerk Steuergerechtigkeit“ vor, das die Aktivitäten in verschiedenen Ländern koordiniert. Ihm gehören Organisationen und Persönlichkeiten aus zahlreichen europäischen und amerikanischen Staaten an. In der Schweiz wollen die beiden NGOs weitere Organisationen für ein „Bündnis für Steuergerechtigkeit“ gewinnen.**

Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und die Erklärung von Bern kritisieren die Einseitigkeit der Globalisierung. Dank der weltweiten Liberalisierung des Kapitalverkehrs könnten sich global tätige Firmen und Superreiche immer einfacher der ordentlichen Besteuerung entziehen, stellte Andreas Missbach von der Erklärung von Bern (EvB) fest. Über Steueroasen abgewickelte Offshore-Geschäfte hätten sich zu einem zentralen globalen Geschäftsfeld entwickelt. Die Multis würden ihre Gewinne dort deklarieren, wo die niedrigsten Steuern anfallen. Über die Hälfte des Welthandels werde deshalb buchhalterisch über Steueroasen abgewickelt. Aber auch Superreiche würden ihr Geld mit Vorliebe in Steuerfluchthäfen wie der Schweiz parkieren, statt es ordnungsgemäss zu versteuern. „Wenn sich das reichste Spitzensegment der Gesellschaft aus dem Sozialpakt verabschiedet, sind der soziale Zusammenhalt und die Demokratie gefährdet“, warnte Missbach. Steuerflucht und Steuerwettbewerb führten insbesondere bei Entwicklungsländern zu massiven Einnahmeneinbussen. Schätzungen beziffern sie auf 50 Milliarden Dollar – ebensoviel, wie weltweit an Entwicklungshilfe bezahlt wird.

## **Medienkonferenz**

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

### **Forderungen an den Bundesrat**

Die Schweiz spiele bei der „Beihilfe zur internationalen Steuerhinterziehung“ nach wie vor eine zentrale Rolle, kritisierte Bruno Gurtner von der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Er forderte den Bundesrat auf, das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU auf die Entwicklungsländer auszudehnen. „Würde die Schweiz das tun, erhielten die Entwicklungsländer mehr Mittel, als die Schweiz derzeit an Entwicklungshilfe leistet“, erklärte Gurtner. Die Schweiz müsse die „staatliche Begünstigung der Steuerhinterziehung durch reiche Ausländer“ beenden und die weltweit einzigartige Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und einfacher Steuerhinterziehung aufheben. Weiter soll sie ihren Widerstand gegen das OECD-Programm zum Abbau von schädlichen Steuerpraktiken aufgeben und die Offshore-Aktivitäten von Schweizer Firmen besser kontrollieren und regulieren, forderte Gurtner.

### **Globales „Netzwerk Steuergerechtigkeit“**

Um die Bemühungen für mehr Steuergerechtigkeit international zu koordinieren und zu verstärken, haben die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und die Erklärung von Bern aktiv am Aufbau eines globalen Netzwerks mitgearbeitet. „Das internationale Netzwerk Steuergerechtigkeit zeigt, dass die Kritik an der Schweiz nicht einfach dem Neid und der Konkurrenz zwischen Finanzplätzen entspringt“, hiess es an der Medienkonferenz. Daran nahm denn auch ein Vertreter einer britischen Netzwerk-Mitgliedsorganisation teil. Der frühere Regierungsberater der britischen Kanalinsel Jersey, John Christensen, wies darauf hin, dass die einseitige Ausrichtung auf das Geschäft mit Finanzdienstleistungen den britischen Kanalinseln schwere soziale und wirtschaftliche Probleme verursache und einseitig grosse Konzerne bevorteile. „Auch sie müssen begreifen, dass die weltweite Kritik an ihrer Politik berechtigt ist, und dringend nach neuen ökonomischen Strategien suchen.“

### **Weitere Informationen:**

Bruno Gurtner, Arbeitsgemeinschaft Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • Heks: [bgurtner@swisscoalition.ch](mailto:bgurtner@swisscoalition.ch)

Andreas Missbach, Erklärung von Bern: [amissbach@evb.ch](mailto:amissbach@evb.ch)

## **Die Profiteure der Globalisierung besteuern**

**Andreas Missbach, Erklärung von Bern  
Fachbereich Banken und Finanzplatz Schweiz**

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit ist eine Reaktion auf die Einseitigkeit der Globalisierung. Entwicklungen in der Telekommunikations- und Informatiktechnologie und mehr noch die rasche Liberalisierung des Kapitalverkehrs erlauben es mobilem Kapital und Vermögen, sich der Besteuerung zu entziehen. Der nicht-mobile Faktor Arbeit hat deshalb eine höhere Steuerlast zu tragen, und die Konsumierenden werden durch steigende Konsumsteuern belastet. Gleichzeitig heisst es aus denselben Kreisen, welche ungebremsen Steuerwettbewerb und Steuersenkungen begrüssen, der Sozialstaat und ein würdiger Service Public seien nicht mehr finanzierbar.

Die Initianten des Netzwerks konstatieren drei Trends:

Offshore, also über Steueroasen abgewickelte Geschäfte, haben sich in den letzten zwanzig Jahren von einem Randphänomen zu einem zentralen globalen Geschäftsfeld entwickelt. Die Hälfte aller weltweit getätigten finanziellen Transaktionen kommen in der einen oder anderen Form mit Steueroasen in Kontakt. «Offshore-Zentren» sind aber nicht einfach exotische Inseln mit laschen Gesetzen, sondern sie sind voll in die etablierten Finanzstrukturen eingebunden.

Die Anzahl und das Vermögen der so genannten High Net Worth Individuals, d.h. reicher Privatpersonen mit einem frei anlegbaren Vermögen von über einer Million Dollar, wächst schneller als die Weltwirtschaft. Die Ungleichheit nimmt zu. Diese Superreichen sind das Rückgrat des Offshore Private Banking, der Vermögensverwaltung ausserhalb der Reichweite der Steuerbehörden. In der Schweiz werden 25 bis 35 Prozent der weltweiten Offshore-Vermögen von Privatpersonen verwaltet. Für den Schweizer Finanzsektor sind ausländische Steuerhinterzieher deshalb eine bedeutende Kundengruppe. Zudem ist dank dem Druck der EU klargeworden, dass ausländische Steuerhinterzieher auch den Schutz des Finanzministers geniessen.

Ungefähr die Hälfte des Welthandels scheint durch Steueroasen zu führen. Diese meist kleinen Volkswirtschaften sind zwar weder als Konsumenten noch als Produzenten von Bedeutung. Sie werden aber von transnationalen Konzernen genutzt, um Gewinne gezielt dort anfallen zu lassen, wo niedrige oder gar keine Steuern bezahlt werden müssen. Ebenso werden Investitionen formell über Steueroasen getätigt. Unter dem Druck der Konkurrenz der Steueroasen wurden zudem in fast allen Ländern die Unternehmenssteuern gesenkt. Im Durchschnitt der 30 reichsten Länder fielen sie von 1996 bis 2003 von 37.5 Prozent auf 30.8 Prozent.

Transnationale Unternehmen bemühen sich heute um «Corporate Social Responsibility». Wirklich verantwortungsvolles Handeln würde darin bestehen, in vollem Umfang Steuern zu bezahlen und Steuerzahlungen offen zu legen.

Diese Trends haben beunruhigende Auswirkungen:

## Medienkonferenz

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

Wenn sich das reichste Spitzensegment der Gesellschaft aus dem Sozialpakt verabschiedet, sind der soziale Zusammenhalt und die Demokratie gefährdet. Elementare Gerechtigkeitsgefühle werden verletzt, wenn beispielsweise ein kleiner Sozialhilfebetrug streng geahndet wird, aber riesige Summen straf- und gefahrlos dem Fiskus entzogen werden. Schweizer Banker brauchen oft das Argument, sie würden «fiskalisch Verfolgte» schützen. Damit zeigen sie ein bedenkliches Demokratieverständnis. Mit demokratischen Mitteln gegen als zu hoch empfundene Steuern vorzugehen ist legitim. Keine Steuern zu bezahlen oder der nicht-Bezahlung Vorschub zu leisten sind es nicht. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit zeigt, dass die Kritik an der Schweiz nicht einfach dem Neid und der Konkurrenz zwischen Finanzplätzen entspringt, sondern dass die Haltung der Schweiz in Steuerfragen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Europa und weltweit verletzt.

Steueroasen, Steuerkonkurrenz und Steuerflucht haben gravierende Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Die Entwicklungsorganisation Oxfam schätzt den jährlichen Verlust auf über 50 Milliarden US-Dollar, ungefähr gleich viel wie die gesamte Entwicklungshilfe weltweit. Für die Schweiz dürften die Verluste allein durch entgangene Steuern auf Privatvermögen sogar das Fünffache der Schweizer Entwicklungshilfe betragen.

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat als zentrales Ziel, die wohlhabenden Profiteure der Globalisierung wieder besteuert zu machen. Das Netzwerk ist Teil des Weltsozialforumsprozesses. Ausgehend von Initiativen der EvB, der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und attac Deutschland fand am letztjährigen europäischen Sozialforum ein Seminar mit Workshops zu Steuerthemen statt, bei dem sich die Kerngruppe des Netzwerks konstituierte. In Email-Diskussionen und Telefonkonferenzen entstand die Deklaration, die Sie in der Pressemappe finden. Am Weltsozialforum in Porto Alegre wurde die Diskussion weitergeführt und um die Südperspektive ergänzt. Das Netzwerk stellte sich und die Deklaration an einer Veranstaltung am 24. März in den Houses of Parliament in London offiziell vor. Die Pressekonferenz heute ist das erste Lebenszeichen in Kontinentaleuropa; weitere Events in Europa und anderen Kontinenten werden folgen.

Das Netzwerk wird in vielen Ländern spezifische Kampagnen anstossen. Die Problematik, dass reiche Privatpersonen und Unternehmen der gerechten Besteuerung entgehen, hat in jedem Land besondere Facetten. Durch die Diskussion über unsere gemeinsame Deklaration und durch das Sammeln der Unterschriften werden wir die Debatte über Steuerfragen bei Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien stimulieren. Das Netzwerk wird zudem gemeinsame internationale Kampagnen durchführen. Es wird auch bei internationalen Organisationen, wie der OECD, Lobbying betreiben und auf der europäischen Ebene aktiv sein. Ein herausragendes Ziel der internationalen Kampagnen der Zivilgesellschaft dürfte dabei die Schweiz sein, solange sie weiterhin Steuerhinterziehern Schutz gewährt.

Für weitere Informationen: [amissbach@evb.ch](mailto:amissbach@evb.ch)

## **Ein Brief aus Jersey**

**von John Christensen, London**  
**Mitglied der Association for Accountancy and Business Affairs,**  
**ehemaliger Wirtschaftsberater der Regierung von Jersey**

Als ich kürzlich in Jersey weilte, fragten sich alle: „Sind die Tage der Insel als Steuerfluchthafen vorbei?“ Nachdem Jersey ihn Jahrzehnte lang gehegt und gepflegt hat, um steuerhinterziehende Firmen und reiche Personen anzuziehen, empfindet die Insel – wie andere Britische Kronkolonien auch – ihren Status als Steuerfluchthafen zunehmend als Belastung. Die Inselpolitiker ringen jetzt mit der Erkenntnis, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit von Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis (und mit diesem von Betrug und Kriminalität) nicht nachhaltig ist.

Im Interesse grosser Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen führte die Inselregierung seit den 70er-Jahren eine Reihe von Massnahmen durch, die es reichen Einzelpersonen und transnationalen Konzernen ermöglichen, Steuern in ihrem Herkunftsland zu vermeiden. In der Folge erlebte Jerseys Finanzdienstleistungsindustrie einen rasanten Aufstieg. Ihr Beitrag ans Bruttoinlandprodukt schnellte zwischen 1971 und 2001 von 9 auf fast 50 Prozent hoch. Die Anzahl Menschen, die direkt in diesem Sektor Arbeit fanden, stieg von 3 auf 23 Prozent der aktiven Bevölkerung.

Es ist überflüssig zu erwähnen, dass der Betrieb eines Steuerfluchthafens für Banker, Rechtsanwälte und Politiker ein sehr lukratives Geschäft ist. Für viele InselbewohnerInnen aber sieht es anders aus. Die traditionellen Industriebetriebe verschwanden; der letzte verarbeitende Betrieb schloss 1998 seine Tore. Selbst die berühmten Inselbrauereien haben aufgehört zu brauen. Auch der Tourismus stürzte in eine tiefe Krise, während sonst überall in Europa der Kurzeittourismus zunahm. Die Zahl der TouristInnen nahm von Jahr zu Jahr ab, und jene, die immer noch kommen, geben weniger Geld aus. Als Folge dieses Wandels ist die Insel heute fast vollständig von den Aktivitäten als Steuerfluchthafen abhängig.

Nicht alle waren von dieser Entwicklung überrascht. Als Wirtschaftsberater der *States of Jersey* drückte ich oft meine Sorge über die Rolle der Insel als Steuerfluchthafen aus. Privat unterstützten mich viele Insulaner, nicht aber die Banker und Rechtsanwälte.

Ich war auch nicht überrascht, als die britische Regierung die Regulierungen in den von ihr abhängigen Steuerparadiesen zu untersuchen begann, die OECD gegen schädliche Steuerpraktiken vorging und die Europäische Union versuchte, über den Informationsaustausch der Steuerhinterziehung und der Steuerflucht einen Riegel zu schieben.

Wenn mich und viele andere EntwicklungsökonomInnen etwas überrascht hat, so war es die Tatsache, dass diese Initiativen nicht schon viel früher ergriffen wurden, um Steuerfluchthäfen – inklusive die britischen Kanalinseln, Luxemburg, die Schweiz und andere – davon abzuhalten, von Steuerschlupflöchern, Bankgeheimnissen und kriminellen Geschäften inklusive Geldwäscherei sowie der Steuerflucht zu profitieren. Steuerfluchthäfen, so stellten wir schon vor vielen Jahren fest, nützen einer Minderheit von reichen Einzelpersonen und global tätigen Firmen, unterminieren aber gleichzeitig

## Medienkonferenz

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

die wirtschaftliche Prosperität und die soziale Stabilität in anderen Ländern, vor allem in Entwicklungsländern.

Unsere Hauptsorge gilt insbesondere den ökonomischen Verzerrungen, die sich aus der ungleichen steuerlichen Behandlung von global tätigen und national verwurzelten Firmen ergeben. Praktisch alle global tätigen Firmen machen extensiv von den Steuerfluchthäfen Gebrauch, um die Steuern auf ihren weltweit erzielten Gewinnen zu vermindern. Kleine, lokal verwurzelte Betriebe hingegen sind in nationale Steuerregime eingebunden, die sie nicht umgehen können. Sie sehen sich der Konkurrenz von Multis gegenüber, die von einem beträchtlichen Steuervorteil profitieren.

Wir wissen alle, dass kleine und mittlere Unternehmen innovativer sind und mehr Arbeitsplätze schaffen. Dennoch unterstützen viele Politiker und ihre neoliberalen Berater diese Art schädlicher Steuerpraktiken, ohne die Konsequenzen auf die Gesamtwirtschaft zu beachten. Deshalb sind die Steuerpraktiken der transnationalen Konzerne ins Blickfeld geraten. Viele Transnationale geben sich als vorbildliche Geschäftsfirmen, während sie in Wirklichkeit keine Gelegenheit auslassen, um Steuern zu sparen. Enron zum Beispiel zahlte zwischen 1996 und 2000 keinen Rappen Steuern, obwohl sie gleichzeitig Profite von 1,8 Milliarden Dollars einstrich. In dieser Zeit galt Enron als Musterfirma, die von den weltweit besten Steuerberatern und Anwälten beraten wurde. Viele andere Firmen eiferten dem Beispiel Enron nach.

Eine sozial verantwortliche Geschäftsführung, *good corporate citizenship*, beginnt bei der Bezahlung der Steuern gemäss den national gültigen Regeln. Alles andere ist sozial unverantwortlich und sollte öffentlich gebrandmarkt werden. Die Kritik sollte sich nicht nur auf die Firmen beziehen, sondern auch auf deren Berater, die manche Regierungsbeschlüsse, Steuervorschriften und den demokratischen Prozess generell unterlaufen.

So erstaunt es nicht, wenn sich NGOs, kirchliche Gruppen, Gewerkschaften und AktivistInnen rund um die Welt gegen Steuerfluchthäfen engagieren. Denn es ist eine Tatsache, dass die internationalen Finanzakteure diese Steuerfluchthäfen nur dazu benutzen, dank ökonomisch schädlichen Steuervorteilen Zusatzgewinne einzustreichen oder die tatsächliche Herkunft der Gelder zu vertuschen, die sehr oft aus kriminellen Aktivitäten stammen.

Jersey, aber auch die Schwesterinsel Guernsey und andere kleine Inseln, die Offshore-Zentren sind, müssen anerkennen, dass die weltweite Besorgnis über die schädlichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten legitim sind. Sie müssen möglichst rasch nach Wegen suchen, wie sie ihre Abhängigkeit vom Offshore-Finanzgeschäft reduzieren und neue ökonomische Strategien auf nachhaltigerer Basis entwickeln können.

John Christensen arbeitete als ökonomischer Berater für zahlreiche Entwicklungsagenturen, darunter Oxfam, War on Want und das britische Departement für International Development. Seine Forschungen über Steuerfluchthäfen wurden in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen veröffentlicht. Christensen war von 1987 bis 1998 auch Wirtschaftsberater der States of Jersey.

Kontakt: john.christensen@menas.co.uk

## Medienkonferenz

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

# Automatischer Informationsaustausch: sozial gerecht und effizient

Von Sven Giegold, Attac Deutschland

Ca. 9.4 Billionen US\$ haben die Vermögenden der Welt inzwischen in die Steueroasen geschafft. Wenn man konservativ schätzt, dass diese Vermögen eine Jahresrendite von 6% erzielen und diese Einkommen mit 35% zu versteuern wären, so kommt man auf Steuerausfälle von 197 Milliarden US\$. Eine enorme Steuerersparnis für die Vermögenden.

Wie viel Geld aus Deutschland in den Oasenländern liegt, weiß man nicht genau. Es werden auch keine Bemühungen unternommen, brauchbare Statistiken anzufertigen. Im Januar 2003 veröffentlichte das Bundesfinanzministerium, dass in „Bankenkreisen das von Deutschen in der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg angelegte Kapital auf 450–550 Mrd. € geschätzt wird“. Hinzu kommen natürlich noch die Geldanlagen in den vielen anderen Steueroasen. Das Geldvermögen aller Deutschen betrug Ende 2000 3.800 Mrd. €. Somit liegen etwa 13% des privaten Geldvermögens in lediglich drei Steueroasen. Die Tendenz ist stark steigend.

Dabei muss man davon ausgehen, dass vor allem BesitzerInnen großer Vermögen von der Steuerfluchtmöglichkeit Gebrauch machen. Einfachen ArbeitnehmerInnen nützen Steueroasen dagegen nichts. Für KleinsparerInnen sind Aufwand und Risiko im Vergleich zum Nutzen zu hoch. Außerdem zahlen Menschen mit kleineren Einkommen auch niedrigere Steuern, was den Anreiz zur Steuerflucht nochmals senkt. Dadurch verstärkt die Steuerflucht die ohnehin extrem ungleiche Verteilung von Kapital in Deutschland: Nach dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gehören den unteren 50% der Haushalte in Deutschland lediglich 4,5% des gesamten Vermögens, während die vermögendsten 10% der Haushalte 42,3% des Vermögens auf sich vereinen. Die reale Verteilung des Vermögens dürfte erheblich ungleicher sein!

Die Folgen sind offensichtlich:

- Der öffentlichen Hand fehlen Steuereinnahmen.
- Die eingenommenen Steuereinnahmen werden sozial ungerecht erhoben.
- Es entsteht politischer Druck, die Besteuerung von Kapital international zu senken.
- Reformoptionen, die Kapitaleinkünfte belasten, sind politisch fast unmöglich durchsetzbar. Aktuell etwa die Einbeziehung von Kapitaleinkünften in die Sozialversicherungen oder eine Vermögenssteuer.

Bei den Kapitaleinkünften von Privatpersonen ist die effektivste und sozial gerechteste Lösung ein System automatischen, internationalen Informationsaustausches, wie es die USA intern schon praktizieren. Das funktioniert ganz einfach: Banken und Kapitalanlagegesellschaften schicken standardmäßig Kontrollmitteilungen an die Heimatfinanzämter der Anlegerinnen und Anleger. Dies ermöglicht die effektive Besteuerung der Kapitaleinkünfte am

## Medienkonferenz

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

Wohnsitz der SteuerbürgerInnen, ohne die Möglichkeit der freien Wahl des Finanzdienstleisters zu beschränken. Vielmehr stellen die Kontrollmitteilungen einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Finanzdienstleistungsstandorten sicher, der nicht mehr durch steuerliche Anreize verfälscht wird. Das bedeutet natürlich die Einschränkung des steuerlichen Bankgeheimnisses, das den meisten Ländern ohnehin fremd ist. In den USA werden Kapitaleinkünfte wie Lohneinkünfte den Finanzämtern direkt gemeldet. Dänemark, die Niederlande und Spanien kennen weitreichende Kontrollmaßnahmen, Frankreich, Schweden, Großbritannien, Kanada und Japan zumindest Stichproben-Kontrollen. Lediglich Österreich und Deutschland haben neben den klassischen Steueroasen die fragwürdige Tradition des steuerlichen Bankgeheimnisses.

Kontrollmitteilungen für Kapitaleinkünfte bedeuten nichts anderes als die Gleichbehandlung mit Lohneinkünften, die direkt vom Arbeitgeber an die Finanzämter gemeldet werden. Sie ermöglichen, dass auch unter Bedingungen von globalen Finanzmärkten Arbeits- und Kapitaleinkünfte mit einem gleichen Steuersatz belegt werden.

Wichtig ist, dass Kontrollmitteilungen nicht auf bestimmte Kapitaleinkünfte beschränkt werden. Sie sollten sowohl bei Zinseinkünften und Dividenden als auch bei Kurssteigerungsgewinnen gelten. Sonst droht die Verlagerung von einer Kapitalanlageform in eine andere. Das ist weder ökonomisch effizient, noch aus Gründen der Steuergerechtigkeit wünschenswert.

Das System von *automatischen* Kontrollmitteilungen ermöglicht die konsequente Anwendung des so genannten „Wohnsitzlandprinzips“. Dieses Prinzip ist genauso einfach, wie einleuchtend:

- a. die weltweiten Einkünfte werden im Wohnsitzland des Steuerbürgers/der Steuerbürgerin besteuert
- b. die einzelnen Staaten behalten Souveränität über die Gestaltung ihres Steuersystems für SteuerinländerInnen
- c. der ruinöse Wettbewerb um Kapitalanlagen aus steuerlichen Gründen wird beendet.

Abzulehnen ist dagegen die Lösung, die immer wieder aus naheliegenden Gründen von der Finanzwirtschaft gefordert wird: Die internationale Harmonisierung von Quellensteuern (Realisierung des Quellenlandprinzips). Danach sollen die verschiedenen Staaten „an der Quelle“ einen zu bestimmenden Prozentsatz der Kapitaleinkünfte als Quellensteuer einnehmen. Diese werden dann gesammelt an die Finanzämter der AnlegerInnen überwiesen. Einen Teil der Steuereinnahmen kann in der Regel das Land behalten, in dem die Gelder angelegt sind. Auf diese Weise erhalten die Wohnsitzstaaten der AnlegerInnen zwar Steuereinkünfte, es ist jedoch nicht möglich, die einzelnen AnlegerInnen gemäß ihrer Steuerprogression zu veranlagern. Auf diese Weise werden alle AnlegerInnen mit dem gleichen Steuersatz besteuert. Das ist sozial nicht akzeptabel. Mit dieser Lösung kann allerdings das steuerliche Bankgeheimnis erhalten bleiben.

## **Medienkonferenz**

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

Um mit dieser Besteuerung an der Quelle das Steuerfluchtproblem in den Griff zu bekommen, müssen sich die verschiedenen Staaten auf eine harmonisierte Mindestbesteuerung einigen. Diese wird angesichts der Verschiedenartigkeit der Steuersysteme niedrig ausfallen. Es entstünde ein starker Druck auf alle Länder ihre Kapitalbesteuerung auf das niedrige, international vereinbarte Maß zu senken. Das ist genau, was die Finanzwirtschaft will: Niedrige Steuern auf Kapitaleinkünfte und damit ein Druck zu niedrigen Steuern und wenig öffentlicher Gestaltung insgesamt.

Die EU-Lösung der Koexistenz von harmonisierten Quellensteuern für Belgien, Österreich und Schweiz und Kontrollmitteilungen für die anderen Staaten ist aus oben genannten Gründen unakzeptabel. Dagegen hat der Ansatz des *automatischen* Informationsaustauschs politisch viel für sich. Da dies der US-Lösung entspricht und auch europäische Länder bereits innerstaatlich ähnlich verfahren, erscheint wahrscheinlich, dass dieser Ansatz auch international durchsetzbar sein wird. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit wird dafür streiten.

Kontakt: giegold@attac.de

### **Ein Versuch der Schätzung des Oasenvermögens**

Alleine im Schweizer Bankensektor liegen auf Grundlage öffentlich zugänglicher Zahlen 3.400 Mrd. Schweizer Franken an Auslandskapital [vgl. Schweizerische Nationalbank (2002): Die Banken in der Schweiz 2001, Zürich.]. Der Marktanteil der Schweiz im Bereich ausländischer Vermögensverwaltung beträgt etwa 27%. Daraus errechnet sich ein Weltbestand von im Ausland verwaltetem Kapital von 9.400 Mrd. US\$. Vito Tanzi, der damalige Chef der Steuerabteilung des IWF schätzte 1998 die in Steueroasen verwalteten Gelder so: „According to a reliable but non-official estimate, offshore deposit holdings total now somewhere around \$7–8 trillion or close to the GDP of the United States“ (Tanzi 1998). Eine exakte Statistik gibt es leider nirgendwo. Credit Suisse (2000) schätzt, dass im Jahr 7.500 Mrd. US\$ offshore angelegt sind.

## **Medienkonferenz**

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

### **Schädlicher Steuerfluchthafen Schweiz: Forderungen der Entwicklungsorganisationen an die schweizerische Politik**

**Bruno Gurtner,  
Arbeitsgemeinschaft Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle •  
Helvetas • Caritas • Heks**

***Würde die Schweiz das Abkommen mit der EU über die Zinsbesteuerung auf die Entwicklungsländer ausdehnen, erhielten die Entwicklungsländer mehr Mittel, als die Schweiz derzeit an Entwicklungshilfe leistet.***

Auch wenn die Schweiz in Kürze den Vertrag mit der EU über die Zinsbesteuerung endgültig abschliessen wird: Die Diskussion um das Bankgeheimnis und den Steuerfluchthafen Schweiz ist auf die Länge damit nicht vorbei. Die Schweiz wird dem Druck von Drittstaaten nachgeben müssen. Sie täte gut daran, sich rechtzeitig diesen Herausforderungen zu stellen. Die Schweiz darf nicht weiterhin Steuerhinterziehern aus aller Welt Schutz bieten.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und die Erklärung von Bern stehen die negativen Auswirkungen im Vordergrund, die unfaire Steuerpraktiken, der internationale Steuerwettbewerb und die Steuerflucht auf die Entwicklungsländer haben. Sie führen in diesen Ländern zu Einnahmehinweisen in Milliardenhöhe. Wir fordern deshalb, dass die Schweiz kurzfristig gegenüber diesen Ländern die gleichen Konzessionen gewährt, wie sie dies gegenüber der EU im Abkommen über die Zinsbesteuerung tut. Die Entwicklungsländer sollen in gleicher Weise am Steuerertrag einer Zahlstellensteuer auf Zinszahlungen beteiligt werden wie die EU-Länder. Die Ausweitung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU auf die übrigen Länder entspricht dem in der Handelspolitik üblichen Prinzip der Meistbegünstigung.

Für Entwicklungsländer hätte das sehr bedeutende positive Folgen, wie nachstehendes Zahlenbeispiel zeigt, das sich auf Treuhandkonti beschränkt. Laut Statistiken der Nationalbank lagen 2001 Treuhandguthaben aus Entwicklungsländern (inklusive Karibik, aber ohne europäische Offshore-Zentren) im Umfang von 170 Milliarden Franken auf Schweizer Konten. Bei einem durchschnittlichen Zins von 4% würde ein Zinsertrag von 6,8 Milliarden Franken resultieren. Eine Zahlstellensteuer von 35% auf dem vollen Betrag dieser Erträge brächte 2,3 Milliarden ein. Wenn davon drei Viertel an die Ursprungsländer zurückgegeben würden, so ergäbe dies 1'785 Millionen Franken. Zum Vergleich: die Entwicklungshilfe der Schweiz betrug im Jahre 2001 1'627,8 Millionen Franken.

Zudem verlangen wir, dass die Schweiz ihre bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern revidiert und analog zu den Doppelbesteuerungsabkommen mit EU-Mitgliedsländern und auf der Basis der Gegenseitigkeit auch Entwicklungsländern Amtshilfe bei Steuerbetrug gewährt.

## Medienkonferenz

Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

Mittelfristig wird die Schweiz nicht darum herum kommen, die weltweit einzigartige Unterscheidung zwischen *Steuerbetrug* und *einfacher Steuerhinterziehung* aufzu

heben. Wir begrüssen das. Einfache Steuerhinterziehung muss im Verkehr mit dem Ausland der Rechts- und Amtshilfe unterstellt werden, allenfalls auch mittels Revidierung der entsprechenden Gesetze. Damit würde endlich auch die stossende ungleiche Behandlung von SchweizerInnen und AusländerInnen aufgehoben. Heute werden Steuerhinterziehende mit Wohnsitz in der Schweiz, wenn sie erappt werden, auf administrativem Weg markant gebüsst; Steuerhinterziehende mit Wohnsitz im Ausland kommen hingegen absichtlich ungeschoren davon. Mit dem Aufheben der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und einfacher Steuerhinterziehung würde entgegen der Propaganda der Banken das Bankkundengeheimnis nicht aufgehoben, sondern die staatliche Begünstigung der Steuerhinterziehung durch Ausländer beseitigt.

Auf lange Sicht wird sich international die Tendenz durchsetzen, den Informationsaustausch zwischen Banken und Steuerbehörden zu automatisieren, ähnlich wie es mit dem Lohnausweis für Lohneinkommen üblich ist.

Weiter verlangen wir, dass die Schweiz in der OECD ihren passiven Widerstand gegen das Programm zum Abbau von schädlichen Steuerpraktiken aufgibt. Die OECD hat 47 potentiell schädliche Steuerpraktiken identifiziert. Zwei davon betreffen auch die Schweiz. Die OECD vermutet, dass über die so genannten „Administrative Companies“ Steuern hinterzogen werden. Das sind Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Stiftungen, die in der Schweiz bloss eine Verwaltungs-, nicht aber eine Geschäftstätigkeit ausüben. Zweitens betrachtet die OECD „Service Companies“ als potentiell schädlich, also Unternehmen einer Firmengruppe, die für andere Gesellschaften des gleichen Konzerns Dienstleistungen erbringen. Zu diesen Vermutungen hat der Bundesrat bisher noch nie öffentlich Stellung bezogen.

Schliesslich verlangen wir, dass die Offshore-Aktivitäten von Schweizer Unternehmen statistisch besser erfasst und durch geeignete Massnahmen besser kontrolliert und reguliert werden. Das Postulat „Know your customer“ muss erweitert werden zum Prinzip „Know the owners of companies registered in tax havens“. Offshore-Tochtergesellschaften müssen verstärkt kontrolliert und Missbräuche scharf sanktioniert werden.

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der SchweizerInnen gegen die Beihilfe zur internationalen Steuerhinterziehung ist. Die Behörden sind aufgefordert, auch im Steuerwesen dem Postulat der entwicklungspolitischen Kohärenz nachzuleben.

Kontakt: [bgurtner@swisscoalition.ch](mailto:bgurtner@swisscoalition.ch)



## **Netzwerk Steuergerechtigkeit**

### **Erklärung**

#### **Teil 1: «Nur die kleinen Leute zahlen Steuern...»<sup>1</sup>**

1. Grosse Unternehmen und vermögende Privatpersonen entziehen sich zunehmend ihrer Verpflichtung, mit Steuern einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Mit Hilfe der Regierungen verlagern sie die Steuerlast auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf kleine und mittelständische Unternehmen. Regierungen behaupten, die Staatseinnahmen seien zu niedrig, um soziale Gerechtigkeit und ein gutes öffentliches Dienstleistungsangebot zu gewährleisten. Privatisierung und die Streichung von Sozialausgaben werden als die einzig möglichen Lösungen propagiert. Wir dagegen fordern Steuergerechtigkeit: Es gilt die wohlhabenden Nutzniesserinnen und Nutzniesser der Globalisierung wieder besteuert zu machen.
2. Schätzungsweise ein Drittel des weltweiten Vermögens wird im Ausland verwaltet, jenseits des Zugriffs der Finanzämter.
3. Bis zur Hälfte des Welthandels wird über Steueroasen abgewickelt. Unternehmen verschieben ihre Gewinne dorthin, wo sie Steuern vermeiden können. Bankangestellte, Anwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer schaffen komplexe und undurchsichtige Finanzstrukturen, die Transparenz vermindern und Steuerflucht ermöglichen. Die Behauptung von Unternehmen sozial zu handeln, wird widerlegt, wenn sie aktiv Steuern vermeiden. Dieses Verhalten ist ökonomisch ineffizient, sozial destruktiv und zutiefst unethisch.
4. Entwicklungsländer verlieren durch schädliche Steuerpraktiken und Steuerwettbewerb schätzungsweise mehr Einkommen, als sie jährlich als Entwicklungshilfe erhalten. Schon ein halbes Prozent des weltweiten Steueroasen-Vermögens pro Jahr würde ausreichen, um die Entwicklungsziele der UNO bis 2015 zu finanzieren und so die Armut auf der Welt zu halbieren. Diese Ziele sind aber bedroht, einerseits durch die hohen Steuervergünstigungen, die Entwicklungsländer den Grossunternehmen anbieten, andererseits durch die riesige Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern in die Steueroasen.
5. Die erwähnten Praktiken gefährden Demokratie und Entwicklung. Der Steuerwettbewerb auf globaler Ebene unterminiert den nationalstaatlichen Sozialvertrag, da Staaten miteinander um mobiles Kapital konkurrieren. Die Zahl der Steueroasen nimmt zu, die reichsten Finanzzentren der Welt werden noch reicher, Steuerzahlungen von Grossunternehmen gehen zurück und die normalen Bürgerinnen und Bürger tragen die Kosten dafür. Wir rufen alle Betroffenen auf,

<sup>1</sup> Die US-amerikanische Milliardärin und Hotelbesitzerin Leona Helmsley 1989 in einem Prozess wegen Steuerhinterziehung

**Medienkonferenz**  
Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

diesen Herausforderungen mit globalen und nationalen Kampagnen für Steuergerechtigkeit zu begegnen.

## **Teil 2: Manifest für Steuergerechtigkeit**

6. Es ist entscheidend, jetzt zu handeln, ehe sich der Steuerwettbewerb noch mehr in der Weltwirtschaft etabliert. Wir wollen folgende Ziele erreichen:
  - Die Steuerflucht stoppen und den Umfang der Steuervermeidung minimieren, so dass Grossunternehmen und vermögende Personen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen.
  - Den Einfluss der Bürger und Bürgerinnen auf die demokratische Kontrolle der Besteuerung stärken und die Macht des Kapitals beschneiden, die Steuerpolitik allein nach seinem Interesse zu diktieren.
  - Eine ähnliche steuerliche Behandlung von verschiedenen Einkommensarten wieder herstellen und die Verlagerung der Steuerlast auf normale Bürger und Bürgerinnen rückgängig machen.
  - Steuerliche Anreize sowie das Bankgeheimnis abschaffen. Sie begünstigen den Abfluss von Investitionskapital aus den Ländern, die das Kapital für ihre Entwicklung am meisten brauchen.
  - Die weitere Privatisierung und Verschlechterung von öffentlichen Diensten verhindern.
7. Selbstverständlich lassen sich zahllose Bedenken, Vorbehalte und Schwierigkeiten anführen, die den Weg zu globaler Steuergerechtigkeit scheinbar verunmöglichen. Mit Forschung, Dialog und einer weltweit gerechten Teilung der Gewinne aus der Trockenlegung von Steueroasen können diese Probleme aber überwunden werden. Überwindbare Hindernisse sind etwa:
  - Das Bankgeheimnis und der Mangel an Information behindern gegenwärtig Recherchen, die notwendig sind, um sich in vielen Staaten ein klares Bild der Verhältnisse zu machen. Mit neuen Forschungserkenntnissen werden sich auch neue Reformvorschläge ergeben.
  - Einige kleine Inseln und wenig entwickelte Länder sind stark von schädlichen Steuerpraktiken und internationalem Steuerwettbewerb abhängig. Eine Abkehr von solchen Praktiken könnte zu einem merklichen Rückgang der Investitionen und zu niedrigerem Wachstum führen. Um zu vermeiden, dass die breite Bevölkerung darunter leidet, schlagen wir eine multilaterale Hilfe für alternative Entwicklungsstrategien vor.
  - Die Interessen der Reichen werden unseren Zielen entgegenstehen, aber wir weisen die ökonomischen Argumente scharf zurück, wonach Steuersenkungen für die Reichen Vorteile für alle bringen. Die Erfahrung zeigt klar, dass solche Steuersenkungen die Kluft zwischen Arm und Reich vergrössern.
  - Wachsendes Steueraufkommen kann nur dort Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger bringen, wo die breite Gesellschaft an den Entscheidungen über Staatsausgaben demokratisch beteiligt ist.
8. Die Privatsphäre der Bürger und Bürgerinnen muss vom Bankgeheimnis unterschieden werden, das nur Wohlhabende und Unehrlische auf Kosten der Mehrheit schützt. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung des Bankgeheimnisses, in jeder Form, auf jedem Territorium und in jedem Staat zugunsten einer offenen und ehrlichen Informationspolitik (im einzelnen beschrieben im Anhang 1). Das wird:
  - die Daten vermehren, die Behörden, Forschenden sowie Politikerinnen und Politikern zur Verfügung stehen,

## **Medienkonferenz**

### **Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung – für Steuergerechtigkeit weltweit**

- Kapitalflucht von Korruptionsgeldern verhindern,
  - Schwarzgelder krimineller Herkunft offen legen,
  - das globale Steueraufkommen vermehren.
9. Im vergangenen Jahrzehnt haben Anstrengungen, den schädlichen Steuerwettbewerb zu bekämpfen, regelmässig in Angriffen der industrialisierten Länder auf kleinere Steueroasen bestanden. Diese Initiativen haben nicht ausreichend berücksichtigt, dass Steuerwettbewerb tief in den Finanzstrukturen der industrialisierten Länder selbst verwurzelt ist. Deshalb machen wir einen Vorstoss zur Überwindung dieser begrenzten Bemühungen. Wir schlagen die sofortige Einsetzung eines weltweiten Forums vor, das aus Repräsentanten und Repräsentantinnen der Regierungen und Gruppen der Zivilgesellschaft rund um die Welt besteht. Wir fordern eine verbesserte Zusammenarbeit im Steuerbereich und eine ausführliche Debatte, insbesondere um die Angemessenheit der Vorschläge zu diskutieren, die im Anhang 2 gemacht werden.
10. Als soziale Bewegungen, als Bürgerinnen und Bürgern aus der ganzen Welt wollen wir uns einmischen, wann und wo immer wir können, um die Diskussion voranzutreiben, das Bewusstsein für diese Probleme zu schärfen und praktikable Lösungsvorschläge zu entwickeln. Es braucht unser aktives Engagement, um globale Steuergerechtigkeit zu erreichen.

Mai 2003

[www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net)

**Medienkonferenz**  
Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

## **Annex 1: Sofortmassnahmen**

(I) Veröffentlichung folgender Informationen in allen Staaten und Territorien:

- sämtliche Steuergesetze und -verträge,
- detaillierte nationale Statistiken über Aktivitäten der Finanzindustrie sowie Steuer- und Haushaltsdaten der öffentlichen Hand,
- von Wirtschaftsprüfern zertifizierte Geschäftsbücher von allen relevanten Firmen und Trusts, insbesondere Umsätze und gezahlte Steuern mit einer Aufschlüsselung nach Rechtspersönlichkeiten und nach jedem Land oder steuerlichem Zuständigkeitsbereich sowie weitere Verbesserungen bei der Offenlegung,
- über wirtschaftlich Berechtigte von allen Rechtspersönlichkeiten, Trusts, Bank- und Investitionskonten, Grundeigentum und jeder anderen Form von Vermögenswerten.

(II) Entwicklung eines umfassenden und automatischen Informationsaustausches zwischen allen Steuerbehörden:

- für die Festlegung und Einforderung von Steuern;
- dies beinhaltet die Verpflichtung für Staaten, Informationen über Finanzinstitutionen, Anwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und andere relevante Finanzdienstleister zu erheben.

(III) Bereitstellung von Finanzmitteln:

- für die gründliche Forschung über das Ausmass und die Auswirkungen von Steuerwettbewerb, Steueroasen, Steuerflucht und Steuervermeidung durch vermögende Privatpersonen und Grossunternehmen sowie für die Entwicklung von Lösungsvorschlägen;
- für Vertreterinnen und Vertreter von Gruppen der Zivilgesellschaft und für Menschen aus Entwicklungsländern, damit diese ihre Interessen in die Debatte um Steuergerechtigkeit einbringen können.

(IV) Einrichtung eines demokratischen globalen Forums:

- aus Vertretern und Vertreterinnen von Regierungen und Gruppen der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt,
- das die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Austausch verbessert und den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die demokratische Kontrolle der Besteuerung erhöht.

**Medienkonferenz**  
Gegen die Beihilfe zur Steuerhinterziehung –  
für Steuergerechtigkeit weltweit

**Annex 2: Zusätzliche Massnahmen zur verbesserten internationalen  
Kooperation in Steuerfragen müssen dringend erwogen werden:**

- (I) die Besteuerung von transnationalen Unternehmen auf einer einheitlichen Grundlage, die es den Steuerbehörden erlaubt, die illegitime Verschiebung von Gewinnen in Niedrigsteuerländer effektiv zu bekämpfen;
- (II) die universelle Anwendung des Wohnsitzprinzips für die Unternehmensbesteuerung;
- (III) die Kooperation von Staaten mit vergleichbarem wirtschaftlichem Entwicklungsstand sowie von benachbarten Staaten, um die schädlichen Auswirkungen des Steuerwettbewerbs zwischen ihnen auszuschalten;
- (IV) die Harmonisierung von Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen für Grossunternehmen und vermögende Personen;
- (V) die Einrichtung regionaler und internationaler Steuerbehörden, welche die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten.

## **Nützliche Links Internationale Steuerhinterziehung**

Arbeitsgemeinschaft Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • Heks  
<http://www.swissoalition.ch>

Erklärung von Bern / *Déclaration de Berne*  
<http://www.evb.ch> / [www.ladb.ch](http://www.ladb.ch)

Tax Justice Network  
<http://www.taxjustice.net>

(vgl. auch die hier angegebenen Links / *voir aussi les liens indiqués dans le site*)

Association of Accountancy and Business Affairs  
<http://visar.csustan.edu/aaba/aaba.htm>

attac Deutschland, Steuerfluchtkampagne  
<http://www.attac.de/steuerflucht/index.php>

The Bermuda Project  
<http://www.thebermudaproject.com/>

Eidg. Finanzdepartement (EFD) / *Département fédérale des finances (DFF)*  
<http://www.efd.admin.ch/d/>

OECD Tax Centre  
<http://www.oecd.org/EN/home/0,,EN-home-99-3-no-no-no-no,00.html>

Oxfam, Policy Paper "Tax Havens"  
<http://www.oxfam.org.uk/policy/papers/taxhvn/tax.htm>